



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 17. MÄRZ 2022

UKRAINE KRIEG

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich dafür aus, dass

- eine sofortige Waffenruhe in der Ukraine eintreten soll und russische Truppen umgehend aus dem ukrainischen Staatsgebiet abgezogen werden sollen;
- die ukrainische Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur umgehend geschützt werden sollen;
- durch umfassende und unumgehbare Sanktionen langfristige Veränderungen geschaffen werden sollen;
- sofortige Hilfe vor Ort sowie für Geflüchtete geleistet werden soll;
- die militärische Auseinandersetzung beendet und eine friedliche Lösung gesucht werden muss;
- die territoriale Souveränität der Ukraine entsprechend dem Völkerrecht von allen Ländern anerkannt bleibt;
- keine Waffen österreichischer Unternehmen in kriegsführende Länder und Krisengebiete gesendet werden;
- keine Handelsverträge mehr mit kriegsführenden Ländern oder Ländern, die Menschenrechte verletzen abgeschlossen werden.

BEGRÜNDUNG:

Am 24. Februar 2022 hat Russland die Ukraine mit einer umfassenden Militäroperation auf dem Land-, Luft- und Seeweg angegriffen. Der Angriff Russlands verletzt die territoriale Souveränität der Ukraine, ist ein massiver Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Angriff auf Freiheit, Demokratie und Frieden in ganz Europa. Die militärischen

Handlungen Russlands haben keine Rechtfertigung und sind auf das Schärfste zu verurteilen. Sie dürfen keinesfalls geduldet oder relativiert werden.

Bereits vor dem Angriff Russlands am 24.2. waren laut Schätzungen der UN 2,9 Millionen Menschen in der Ukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter mehr als 500.000 Kinder. Der bewaffnete Konflikt in der sog. „Pufferzone“ im Osten der Ukraine hat in den vergangenen acht Jahren bereits 14.000 Menschen das Leben gekostet. 1,5 Millionen wurden zur Flucht im eigenen Land gezwungen.

Die humanitären Folgen der militärischen Handlungen Russlands sind für die ukrainische Zivilbevölkerung verheerend. Seit dem Angriff Russlands sind Millionen von Ukrainer:innen massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, verlieren ihr zuhause und werden Opfer von Gewalthandlungen. Frauen, Kinder und ältere Menschen sind besonders hart getroffen. Um sich in Sicherheit zu bringen, befinden sich seit Beginn des aktuellen Angriffs von Putins Armee mehr als 500.000 Menschen auf der Flucht.

In den vergangenen Tagen setzten sowohl die EU als auch Österreich klare Zeichen gegen die Handlungen Russlands.

Auf EU-Ebene wurden unterschiedliche, tiefgreifende EU-Sanktionen, unter anderem gegen Präsident Putin und Außenminister Lawrow, allen Mitgliedern der Duma und ihren Freund:innen, sowie der Ausschluss aus dem SWIFT-System, beschlossen. Die österreichische Bundesregierung hat ihre Solidarität mit der Ukraine ausgesprochen und die Kampfhandlungen Russlands verurteilt. Österreich erklärte sich zudem bereit, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. Viele Hilfsorganisationen, wie z.B. die Diakonie, die Volkshilfe, aber auch kleine Privatprojekte, handelten sofort, um die ukrainische Zivilbevölkerung zu unterstützen. Die österreichische Zivilbevölkerung sprach sich klar für Frieden und Solidarität mit der Ukraine aus; in ganz Österreich fanden in den vergangenen Tagen mehrere parteiübergreifende Demonstrationen und Kundgebungen statt, bei denen sich auch die Grünen aktiv beteiligten. Gleichzeitig gilt unsere Solidarität den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg und für Dialog und Frieden in der Ukraine einsetzen.

Wie bereits Bundespräsident Alexander van der Bellen in seiner Rede am 24.2. betonte, „verpflichtet Österreichs Neutralität geradezu, für den Frieden Partei zu ergreifen.“ Wir dürfen jetzt nicht „den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ginge uns das alles nichts an.“ Eine militärische Auseinandersetzung ist niemals eine Lösung. Es muss daher eine sofortige Waffenruhe einsetzen und die russischen Truppen müssen aus der Ukraine abgezogen werden. Außerdem muss die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur geschützt werden.

Nicht vergessen werden darf, dass sich die russische Armee (unter anderem) durch Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft finanziert. Eine nachhaltige und strategische Reduktion der Abhängigkeit Europas von fossilen Energieträgern, sowie eine

Diversifizierung der Gas-Herkunftsländer ist daher dringend notwendig. Auch hier gibt es akuten Handlungsbedarf.

Julia Tinhof
Bezirksvorsteherin-Stellvertreterin

Karin Lehmann
Klubobfrau

Florian Ledermann
Bezirksrat

Eveline Dürr
Bezirksrätin